



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 2. Sitzung des Kreistages

Sitzungsdatum: Montag, 05.10.2020
Beginn: 15:05 Uhr
Ende: 16:07 Uhr
Ort: Turnhalle der Staatlichen Realschule Zirndorf, Jakob
Wassermann Str. 1

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Dießl, Matthias

Mitglieder des Kreistages

Kreisrat Eder, Leonhard, 1. Bürgermeister
Kreisrat Emmert, Uwe, 1. Bürgermeister
Kreisrat Haag, Hans
Kreisrätin Hechtel, Bettina
Kreisrat Höfer, Bertram, 2. Bürgermeister
Kreisrätin Huber, Birgit, 1. Bürgermeisterin
Kreisrat Kistner, Marco, 1. Bürgermeister
Kreisrat Klaski, Bernd, 2. Bürgermeister
Kreisrat Köninger, Peter
Kreisrätin Krach, Renate
Kreisrat Obst, Bernd, 1. Bürgermeister
Kreisrat Redlingshöfer, Richard
Kreisrat Reuther, Christoph
Kreisrätin Rietzke, Stefanie, 2. Bürgermeisterin
Kreisrätin Schlager, Anni
Kreisrätin Schuller, Sandra
Kreisrätin Seifert, Adelheid
Kreisrätin Weghorn, Doreen
Kreisrat Wiegandt, Bodo
Kreisrat Zehmeister, Thomas, 1. Bürgermeister
Kreisrätin Abram, Angelika
Kreisrat Bauer, Frank
Kreisrat Bischoff, Michael
Kreisrätin Franz, Irene
Kreisrat Gegner, Rainer, 1. Bürgermeister
Kreisrätin Hauber, Sandra
Kreisrätin Plevka, Melanie
Kreisrätin Sommerschuh, Eva
Kreisrat Zempel, Hermann

Kreisrat Zwingel, Thomas, 1. Bürgermeister
Kreisrat Förster, Theodor
Kreisrat Pleyer, Claus-Georg
Kreisrat Sartison, Johannes
Kreisrat Treuheit, Bastian
Kreisrat Ammon, Erich
Kreisrat Biegel, Friedrich
Kreisrätin Eder, Elke
Kreisrat Fischhaber, Hans-Günther
Kreisrat Forman, Franz Xaver, Stv. Landrat
Kreisrat Ruf, Fritz
Kreisrat Tiefel, Werner, 1. Bürgermeister
Kreisrätin Barth, Heike
Kreisrätin Dürschinger, Elena
Kreisrat Höftmann, André
Kreisrätin Igel, Angelika
Kreisrätin Löschner, Isabell, Dr.
Kreisrätin Meyer, Evelyn
Kreisrätin Ritter, Margit
Kreisrat Röhn, Martin
Kreisrat Schaa, Wolfram
Kreisrat Schikora, Norbert, 2. Bürgermeister
Kreisrätin Thomas, Cornelia
Kreisrat Peter, Thomas
Kreisrat Tiefel, Johann
Kreisrat Löbel, Christian
Kreisrätin Schöttner, Marie
Kreisrat John, Klaus

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Eckert, Julia Auszubildende
Eil, Christian Verwaltungsfachwirt
Knoll, Benjamin Verwaltungsamtmann
Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat
Maurer, Marco Verwaltungsamtsrat
Metasch, Roger Vorsitzender des Personalrates
Thirmeyer, Stephan Regierungsrat
Trexler, Wolfgang Diplom-Volkswirt (Univ.)
Walter, Karin Oberregierungsrätin

Presse

Dietz, Beate Redakteurin Fürther Nachrichten

Abwesende und entschuldigste Personen:

Mitglieder des Kreistages

Kreisrätin Egerer, Jutta
Kreisrat Habel, Jürgen, 1. Bürgermeister
Kreisrat Zimmermann, Bernd, 1. Bürgermeister

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift über die 2. öffentliche Sitzung des Sonderausschusses am 29.06.2020 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Sitzungstermine der Kreisgremien | 126/2020 |
| 2.2 | Titelerneuerung Fairtrade-Landkreis Fürth bis 30.10.2022 | 137/2020 |
| 3 | Bestellung eines Stellvertreters des Verbandsrates für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Fürth | 078/2020 |
| 4 | Aufstockung der Stelle im Rahmen des Förderprogramms der Beratungs- und Integrationsrichtlinie – Integrationslotsinnen und Integrationslotsen | 150/2020/1 |
| 5 | Fortschreibung des Straßen- und Radwegebauprogramms 2021ff | 127/2020/1 |
| 6 | Antrag Fraktion DIE LINKE / ÖDP „Sicherer Hafen Landkreis Fürth“ vom 21.09.2020 | 153/2020 |
| 7 | Anfragen | |

Landrat Matthias Dießl eröffnet um 15:05 Uhr die 2. Sitzung des Kreistages. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die 2. öffentliche Sitzung des Sonderausschusses am 29.06.2020 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	---

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) stellt fest, dass seine Aussagen zur Demokratie im Zusammenhang mit den Corona-Ausgaben nicht enthalten sind.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass die Niederschrift kein Verlaufsprotokoll, sondern ein Ergebnisprotokoll sei. Das Protokoll gebe die wesentlichen Äußerungen der Mitglieder wieder und mache dadurch die Zusammenhänge deutlich, die zu einem bestimmten Beschluss führen. Sollte ein wesentliches Thema fehlen, müsste dies im Protokoll ergänzt werden.

Kreisrat Pleyer ist mit der Niederschrift über die Sitzung des Sonderausschusses am 29.06.2020 einverstanden.

Gegen die Niederschrift über die 2. öffentliche Sitzung des Sonderausschusses am 29.06.2020 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 55 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
TOP 2.1	Sitzungstermine der Kreisgremien

Der Kreistag nimmt von den Sitzungsterminen Kenntnis.

TOP 2.2	Titelerneuerung Fairtrade-Landkreis Fürth bis 30.10.2022
----------------	---

Der Kreistag nimmt von der Mitteilung Kenntnis.

TOP 3	Bestellung eines Stellvertreters des Verbandsrates für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Fürth
--------------	--

Beschluss:

Der Kreistag bestellt Kreisrätin Melanie Plevka zur stellvertretenden Verbandsrätin für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Fürth.

Einstimmig beschlossen Ja 55 Nein 0

TOP 4	Aufstockung der Stelle im Rahmen des Förderprogramms der Beratungs- und Integrationsrichtlinie – Integrationslotsinnen und Integrationslotsen
--------------	--

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) begrüßt es sehr, dass in diesem vergleichsweise jungen Bereich Kompetenzen erhalten bleiben, Verstetigung eintrete und der Landkreis neben der konzeptionellen Arbeit nun auch stärker ins operative Geschäft einsteige. Die Vernetzungsfunktion sei äußerst wichtig. Auch wenn sehr viel Zuwanderung innerhalb der EU stattfinde, seien die Hürden in der Gesellschaft, ob im Bildungsbereich, Arbeitsmarkt oder der Wohnungssuche, gegeben.

Der **Vorsitzende** merkt an, dass der Landkreis auch bisher schon operativ tätig sei und verweist auf die gemeinsame „Integreat“-App für Stadt und Landkreis Fürth.

Kreisrat Claus Georg Pleyer (AfD) erklärt, dass seine Fraktion diesen Beschluss nicht mittragen werde. Die AfD halte Integration generell für wichtig, es sei aber nicht klar, ob durch diese Arbeit Anreize zur Migration gesetzt und Integrationsbedürftige wirklich erreicht würden. Mit Blick auf die Einbürgerungsfeier, wo nur Ausländer aus dem europäischen Ausland anwesend waren, sei festzustellen, dass man bestimmte Gruppen von Ausländern weniger gut erreiche.

15:18 Uhr Kreisrat Bertram Höfer kommt zur Sitzung

Der **Vorsitzende** führt aus, dass 80 bis 90 Prozent der Zuwanderung im Landkreis aus dem europäischen Ausland kommen und alle Eingebürgerten des letzten Jahres zu dieser Veranstaltung eingeladen wurden. Er verweist auf die Beratung im Kreisausschuss, wo ausführlich über die Integrationsarbeit der Kolleginnen und Kollegen berichtet wurde.

Kreisrat Norbert Schikora (B'90/Die Grünen) merkt kurz an, man könne unterschiedlich zur Zuwanderung stehen, trotzdem müsse man sich um die Menschen kümmern. Integrationslotsen erfüllen diese Aufgaben. Momentan kämen die meisten Menschen aus Großbritannien, die auch Betreuung brauchen. Es stehe dem Landkreis gut zu Gesicht, sich zu kümmern und Probleme in diesen Bereichen auszuräumen.

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass sich der Kreistag bereits mit der Thematik und der Stellenschaffung befasst habe. Der Landkreis habe zwar einen niedrigen Anteil an ausländischer Bevölkerung. Aber bei den Menschen, die zu uns ziehen, steige der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund. Es sei wichtig frühzeitig zu helfen und zu unterstützen, damit ein unproblematischer Integrationsprozess stattfinden könne. Dafür brauche es Lotsen.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) führt aus, dass die Arbeit der Integrationslotsen nicht das Allheilmittel sei. Dennoch sei es ein wichtiger Baustein im Feld der Akteure, die in der Integration mitwirken. Um das Niveau halten zu können, sei eine Fortführung enorm wichtig. Die CSU Fraktion sehe den Mehrwert und unterstütze die Vorlage uneingeschränkt.

Beschluss:

1. Der Landkreis Fürth stockt die Stelle des/der Integrationslotsen/in ab dem 01.01.2021 um 0,75 VZÄ auf insgesamt 1,25 VZÄ auf.
2. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, den Zuwendungsantrag für die Förderung für 3 Jahre vorzubereiten, fristgerecht einzureichen und alle erforderlichen Erklärungen abzugeben.
3. Aufgrund der Neufassung der BIR mit gleichbleibenden Förderbedingungen nimmt der Landkreis Fürth für weitere drei Jahre die Förderung der Stelle eines/r Integrationslotsen/in in Anspruch. Im Stellenplan für die Jahre 2021, 2022 und 2023 wird eine entsprechende Stelle ausgewiesen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 52 Nein 4

TOP 5 Fortschreibung des Straßen- und Radwegebauprogramms 2021ff

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) erinnert an erheblich dünnere Straßen- und Radwegebauprogramme in der Vergangenheit. Es sei gut, dass der Landkreis hierfür die Finanzkraft habe. Er verweist auf „planerische Filetstücke“, wie beispielsweise den Radweg Schwadernmühle-Seckendorf. Bei künftigen Entscheidungen über Baumaßnahmen regt er an, auch solche Projekte zeitnah zu realisieren, die sich wesentlich schwieriger umsetzen lassen, aber dringend

notwendig sind. Er nennt die Kreuzung Siegeldorf, die auf 2025 verschoben wurde und den Radweg Wachendorf-Fürth. Er appelliert, auch bei „harten Nüssen“ nicht locker zu lassen.

Der **Vorsitzende** erwidert, der Bauausschuss beschließt über anstehende Straßen- und Radwegebaumaßnahmen im Landkreis unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden finanziellen und Planungskapazitäten und legt den Zeitpunkt der Realisierung fest. Die Kreuzung Siegeldorf sei nicht mehr nur, wie ursprünglich geplant, eine Deckenbaumaßnahme, sondern eine Tiefbaumaßnahme mit umfangreichen Planungen und Grunderwerbsgesprächen sei. Daher habe der Bauausschuss beschlossen, den Ausbau in 2025 vorzusehen. Um die Kapazitäten bewusster zu machen verweist der Vorsitzende auf eine Balkenaufstellung für die geplanten Tiefbaumaßnahmen mit den einzelnen Projektphasen. Bis zum Jahr 2022 liege man mit den geplanten Maßnahmen bereits über der Auslastungskapazität sowohl des StBAN als auch im Bereich des Grunderwerbs. Er weist darauf hin, dass die dargestellten Phasen nur eine grobe Richtschnur mit dem erwarteten Bearbeitungsschwerpunkt darstellen. Die Phasen können im Projektverlauf abweichen und ineinander übergehen.

15:29 Uhr Kreisrätin Sandra Hauber kommt zur Sitzung

Kreisrat Norbert Schikora (B´90/die Grünen) wirft die Fragestellung auf, was wirklich notwendig sei. Seine Fraktion sehe im Ausbau der Verbindung Weitersdorf-Anwanden immer noch keinen Sinn. Mit Blick auf den Haushalt sei der BA II eine Maßnahme, die man sich sparen könnte. Die Fraktion B´90/Die Grünen werde dem Straßen- und Radwegebauprogramm zustimmen. Um ein Votum zu bekommen, werde aber beantragt, eine getrennte Abstimmung über die Maßnahme **FÜ 22 Ausbau Weitersdorf – Anwanden BA II (2023/2024)** zu führen.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) erklärt, dass das Programm unter dem Strich passe. Anknüpfend an die Wortmeldung von Kreisrat Bischoff zur Kreuzung Siegeldorf gibt er zu bedenken, dass der Umfang der Maßnahme größer geworden sei und das Deckenbauprogramm nicht mehr greife. Die Gemeinde sei bestrebt, das ihre beizutragen, damit das Staatliche Bauamt frühzeitig planen könne.

Claus Georg Pleyer (AfD) regt an, das Straßen- und Radwegebauprogramm im Bürgerinfoportal bereitzustellen.

Weiter fragt er nach, ob es eine Qualitätskontrolle im Straßenbau gebe. Er verweist auf eine Bürgerbeschwerde, wonach bestimmte Kanaldeckel bereits nach kurzer Zeit wackeln, während andere an der 2234 nach Abzweig Wintersdorf-West Richtung Ammerndorf sehr vorbildlich gelungen wären.

Hinsichtlich der Zennbrücke Langenzenn erklärt er, es gebe zwar die „Problemfuge“, ihm sei jedoch nicht klar, warum man nicht die Sandsteinfassade behalten könne. Er beantragt, über Punkt **3.2 FÜ 11 Zennbrücke Langenzenn (2021)** getrennt abzustimmen, da die Sandsteinbrüstung erheblich besser in das Landschaftsbild passe.

Zum Thema Kanaldeckel antwortet der **Vorsitzende**, dass der Landkreis für Kanäle nicht zuständig sei.

Zur Frage der Sandsteinbrüstung führt **Wolfgang Trexler** (Grunderwerb und Straßenbauangelegenheiten) aus, dass man bei der jetzigen Bauausführung der Brücke die Sandsteinbrüstung nicht dauerhaft vor Feuchtigkeit schützen könne. Deswegen schlage das Staatliche Bauamt eine Brückenkappe mit Geländer vor. Der Bauausschuss habe sich intensiv mit der Angelegenheit befasst und es sei der Wunsch geäußert worden, den Gehweg auf 1,80 m zu verbreitern. Dies sei nur dann möglich, wenn man die Brückenkappe erneuert und auf eine Breite von 2,50 m vergrößert. Damit wäre auf diesem Abschnitt ein kombinierter Geh- und Radweg möglich. Die technisch bessere Lösung wäre es, diese Brückenkappe aufzubringen.

Abstimmung über **Punkt 2.1 FÜ 22 Ausbau Weitersdorf – Anwenden BA II (2023/2024)**;
Antrag der Fraktion B´90/Die Grünen auf Streichung der Maßnahme aus dem Straßen- und Radwegebauprogramm

Mehrheitlich abgelehnt Ja 14 Nein 43

Abstimmung über **Punkt 3.2 FÜ 11 Zennbrücke Langenzenn (2021)**;
Antrag der Fraktion AfD auf Beibehaltung der Sandsteinbrüstung

Mehrheitlich abgelehnt Ja 4 Nein 53

15:41 Uhr Kreisrätin Stefanie Rietzke kommt zur Sitzung

Beschluss:

Der Bauausschuss hat das Bauprogramm in seiner Sitzung am 18.09.2020 vorberaten und empfiehlt dem Kreistag, der Fortschreibung des Straßen- und Radwegbauprogramms zuzustimmen.

Einstimmig beschlossen Ja 58 Nein 0

TOP 6	Antrag Fraktion DIE LINKE / ÖDP „Sicherer Hafen Landkreis Fürth“ vom 21.09.2020
--------------	--

Im Vorfeld der Beratung erklärt der **Vorsitzende**, dass es hier nicht um eine inhaltliche Bewertung des Anliegens gehe, sondern um eine sachliche Bewertung. Bei der Befassung mit dem Antrag sei zu beachten, dass der Kreistag kein Parlament sei, sondern ein Organ der Kreisverwaltung. Der Kreistag habe ein kommunalpolitisches Mandat, aber nicht ein allgemeines politisches Mandat.

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) führt aus, dass sich in Deutschland 186 Städte, Kommunen und Landkreise bereits zu einem sicheren Hafen erklärt und der Initiative Seebrücke angeschlossen hätten. In Bayern hätten sich 16 dem Bündnis angeschlossen, auch einige im Regierungsbezirk Mittelfranken. Ihm sei keine Rüge der Regierung in dieser Sache bekannt. Insofern stehe das Landratsamt mit seiner Rechtsauffassung allein. Seine Fraktion bittet um inhaltliche Befassung.

Der **Vorsitzende** gibt zu bedenken, dass eine kreisfreie Stadt andere Befugnisse und Zuständigkeiten habe als ein Landkreis. Die rechtliche Auffassung des Landratsamtes sei klar und eindeutig. In den gestellten Anträgen könne keine Aufgabe der Kreisverwaltung gesehen werden.

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) erklärt, auch wenn seine Fraktion die Beschlussvorlage nicht in allen Aspekten ablehne, halte man den gesamten Sachvortrag trotzdem nicht für zutreffend. Man hätte sich deshalb eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Antrag gewünscht. Aus diesem Grund werde die SPD-Fraktion das Votum der Nichtbefassung nicht mittragen.

Der **Vorsitzende** entgegnet, dass das Landratsamt in diesem Antrag keine Aufgabe des Gremiums sehe. Der Kreistag sei nicht zuständig, politische Meinungen zu behandeln.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) führt aus, dass die Stellungnahme der Verwaltung klar, eindeutig und nachvollziehbar sei. Der Kreistag sei kein Ersatz für den Bundestag. Die CSU-Fraktion stimme der Nichtbefassung zu.

Auf Nachfrage von **Kreisrätin Margit Ritter** (B´90/Die Grünen) zum Grund der Nichtzuständigkeit und warum sich der Kreistag nicht solidarisch erklären könne, führt **Karin Walter** aus, dass der Kreistag kein allgemeines politisches Mandat habe. Der Kreistag sei Organ der Kreisverwaltung und tätig, um Aufgaben des Landkreises zu steuern oder zu entscheiden. Der Bereich der

Flüchtlingspolitik und die Verteilung der Flüchtlinge sei keine Aufgabe des Landkreises. Es gebe im Landkreis zwar die Zentrale-Aufnahme-Einrichtung (ZAE), dies sei jedoch eine Einrichtung der Regierung.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) führt aus, die AfD-Fraktion unterstütze den Vorschlag der Verwaltung, da dieses Thema kein Landkreisthema sei. Man halte den Antrag für rechtlich nicht zulässig und auch für abträglich der Einheit hier im Kreis. Dies berge ein Potential der Spaltung, dass die AfD hier nicht gerne sehen möchte.

Kreisrat Friedrich Biegel (Freie Wähler) erklärt, aus seine Sicht habe der Landkreis hier keinen Auftrag. Der Landkreis komme seinen Verpflichtungen immer dann nach, wenn er gefordert sei. In der Flüchtlingspolitik hätten Bundesregierung, Europaparlament und die Vereinten Nationen zu entscheiden.

Kreisrat Norbert Schikora (B´90/Die ,Grünen) betont, er finde es ausdrücklich nicht in Ordnung, dass der Kreistag auf Nichtbefassung plädiere. Formal zwar in Ordnung, hätte es dem Landkreis gut angestanden, über ein solches Thema zu reden.

Der **Vorsitzende** erklärt, er sei als Leiter der Verwaltung und als Vorsitzender dieses Gremiums angehalten, Themen zu behandeln, wofür dieses Gremium zuständig sei. Diese Diskussion erzeuge einen völlig falschen Schein nach außen. Es gebe andere Formen, sich über politische Themen auszutauschen. In dieser Frage habe der Kreistag keine Zuständigkeit.

Beschluss:

Aus den angeführten Gründen erfolgt keine inhaltliche Befassung mit dem Antrag.

Mehrheitlich beschlossen Ja 33 Nein 25

TOP 7 Anfragen

Kreisrat Wolfram Schaa (B´90/Die Grünen) formuliert zwei Anfragen zur StVO-Novelle im Februar 2020. Er fragt, was bisher in die Planungen für die Fahrradfreundlichkeit des Landkreises aufgenommen werden konnte und welche Ansatzpunkte es gebe, gemeinsam mit den Kommunen an der Umsetzung zu arbeiten. Es gehe um die regelmäßigen Austauschtreffen mit den Kommunen und ob diese in die Planungen des Radwegenetzes einfließen.

Der **Vorsitzende** antwortet, der Umwelt- und Verkehrsausschuss habe in seiner letzten Sitzung der abgestimmten Zielnetzplanung als Bestandteil des Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Fürth zugestimmt. Das Grundnetz werde aktuell vom beauftragten Stadt- und Verkehrsplanungsbüro Kaulen befahren. Im Anschluss werde ein Soll-Ist-Vergleich durchgeführt und aus diesen Ergebnissen eine Prioritätenliste erstellt. Hier werde es natürlich unter Anwendung der neuen StVO auch Lösungsvorschläge geben, wie Verbesserungen für den Radverkehr erreicht werden können. Die Radbeauftragte des Landkreises, Elena Bunes, sei Schnittstelle zwischen Landratsamt und dem beauftragten Planungsbüro. Sie treffe sich mindestens einmal im Jahr mit den Radbeauftragten in den Städten und Gemeinden des Landkreises, die sie auch berät und damit Knowhow, dass wir auf Kreisebene haben, weitergibt. An diesen Treffen seien auch die Polizei, der ADFC und das StBAN beteiligt.

Auf eine weitere Frage von **Kreisrat Wolfram Schaa** zum Thema Fahrradstraßen bittet der **Vorsitzende**, vor Ort nachzufragen. Einige Kommunen des Landkreises planen bzw. haben bereits ein Radverkehrskonzept auf örtlicher Ebene, wie die Stadt Oberasbach, der Markt Cadolzburg, der Markt Roßtal und die Stadt Stein.

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖPD) hat zwei Anfragen zum Thema Digitalisierung. Bis 2022 sollen alle Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale digital angeboten werden. Er möchte wissen, ob der Landkreis bereits eine Umsetzungsstrategie habe und wenn ja, wie der

Umsetzungsstand sei und wie die Barrierefreiheit mitbedacht und eingebunden werden könne. Weiter fragt er nach, in welchem Umfang freie Software im Landratsamt eingesetzt werde.

Der **Vorsitzende** führt aus, bereits 2016 habe man dem Kreistag ein Konzept zur strategischen Ausrichtung des E-Governments im Landratsamt Fürth vorgelegt. Auf Basis der darin abgebildeten Handlungsfelder sei die Verwaltung beauftragt worden, die notwendigen Voraussetzungen für eine Umsetzung zu schaffen und Projektpläne zu erarbeiten. Handlungsfelder sind u.a. die technische Anpassung der Landkreis-Homepage, die Entwicklung mobiler Angebote (Bürger-Service-App) und die Entwicklung von Angeboten mit Anbindung an ein Bürger-Service-Portal.

Der Landkreis Fürth biete seinen Einwohnern ein Bürgerserviceportal und bayernweit das Bayernportal an, das Dienstleistungen des Landratsamtes online bündelt. Der Anbieter des Bürgerserviceportals sei die Firma AKDB, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die IT-Dienstleistungen für Kommunalverwaltungen erbringt. Der Zugang zum Bayernportal werde vom Freistaat komplett bezahlt, hierfür entstehen dem Landkreis keine Kosten. Dort seien die Verwaltungsvorgänge, die wir heute schon digital anbieten können, mit enthalten.

Der Landkreis sei Mitglied im Bay. Innovationsring und arbeite in drei Projektgruppen mit. Als Vorsitzender leite er die Projektgruppe Organisation und E-Government, die auch Vorreiterarbeit für andere Landkreise erbringe. Hier werden regelmäßig aktuelle Projekte und Dienstleistungen vorgestellt und beworben. Man arbeite kontinuierlich am Ausbau, um die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben und das Ziel, bis 2022 alle Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale digital anzubieten, zu erreichen.

Gerade in Corona-Zeiten habe der Online-Service in vielen Bereichen eine neue Dimension eingenommen. Beispielhaft nennt er das Verfahren zur Abmeldung von Fahrzeugen. Um die Hürde zu senken, diesen Online-Service zu nutzen, habe man zusätzlich einen Erklärfilm veröffentlicht. Schwierigkeiten bereite derzeit, dass für bestimmte Online-Services die volle Authentifizierung über den Personalausweis benötigt werde. Aus dem Innovationsring heraus konnte erreicht werden, dass der Freistaat Bayern den Landkreis dabei unterstützt, authega, basierend auf der Authentifizierungsmethode der Steuerverwaltung ElsterOnline, als Identifikation nutzen zu können.

Die Frage zum Einsatz freier Software werde an den Fachbereich zur Beantwortung gegeben.

Zur Barrierefreiheit erklärt **Christian Eil** (Büro des Landrats), dass der Landkreis eng mit den Dienstleistern zusammenarbeite und die Vorgaben einhalten werde.

Der **Vorsitzende** ergänzt, er gehe davon aus, dass das AKDB Portal die Anforderungen einer barrierefreien Website erfüllen werde. Er könne die Frage jedoch nicht im Detail beantworten.

Beim Internet werde es eine Überarbeitung geben, da das verwendete CMS-System nicht mehr den Anforderungen genüge und darauf nicht ausgelegt sei. Hier werde das Thema Barrierefreiheit wieder genauso im Blick sein.

Kreisrat Klaus John (Die Linke/ÖPD) spricht die Änderungen der Förderrichtlinien für Biogasanlagen an. Er möchte wissen, ob angedacht sei, eine finanzielle Förderung von Landkreisseite weiter zu führen oder es ein Förderprogramm bayernweit gebe.

Der **Vorsitzende** antwortet, eine Förderung für Biogasanlagen zur Energieerzeugung sei außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Landkreises. Grundsätzlich werde allgemein politisch darüber diskutiert, auf Bundes- und Landesebene entsprechende Förderanreize zu setzen. Er verweist auf die Parlamente.

Schriftliche Antwort der Verwaltung vom 17.10.2020 zur Anfrage des Kreisrats Löbel bezüglich des Einsatzes quelloffener Software in der Verwaltung

Im Landratsamt Fürth wird OpenSource und/oder freie Software immer dann eingesetzt, wenn es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Derzeit werden folgende Open-Source-Produkte bei uns verwendet: Filezilla, VLC, Firefox, MS-Edge (basierend auf Chrome), 7zip.

Landrat Matthias Dießl schließt um 16:07 Uhr die 2. öffentliche Sitzung des Kreistages.

Zirndorf, den 09.11.2020

Matthias Dießl
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in